

Forschung aktuell

Newsletter | Ausgabe 250 | 34. Jahrgang | 12. September 2013

Seite 1

Am 22. September wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Knapp 62 Millionen Wahlberechtigte entscheiden dann, wer die Geschicke des Landes in Zukunft lenkt. Wovon aber machen die Wähler ihre Entscheidung abhängig und weshalb gehen so viele Bürger nicht mehr wählen? Diesen Fragen ist die BAT-Stiftung für Zukunftsfragen in ihrer neuesten repräsentativen Untersuchung nachgegangen, für die über 2.000 Bundesbürger in persönlichen Interviews befragt wurden.

WOVON DIE WAHLENTSCHEIDUNG ABHÄNGT WAHL-O-MAT STATT KANZLERDUELL

Kernergebnisse:

- Glaubwürdigkeit und Inhalte sind für die meisten Bürger entscheidend
- Nur jeder fünfte Deutsche ist Stammwähler
- Wahlwerbung spielt keine Rolle

Das **Vertrauen in die Partei** und den jeweiligen Kandidaten **ist für jeden dritten Deutschen wahlentscheidend**. Gerade in Zeiten, die von Unsicherheit und Zukunftsfragen geprägt sind – z.B. durch die Eurokrise, den Syrienkonflikt oder die Angst vor Wohlstandsverlust und geringeren Renten –, sehnen sich die Bundesbürger nach Politikern, die glaubhaft vertreten, dass sie die richtigen Entscheidungen treffen werden. Aber auch das Parteiprogramm – die Themen, Ziele und Werte, für die eine Partei steht und sich einsetzt – ist für viele Wähler von großer Bedeutung. Hierbei werden persönliche Interessen ebenso oft genannt wie nationale Belange, wobei sich beide nicht zwangsläufig ausschließen, sondern auch ergänzen können. Die in der Vergangenheit häufiger anzutreffende **Parteitreu findet man heute hingegen nur noch bei jedem fünften Befragten**. Tendenziell wichtiger, aber dennoch eher nachgeordnet, bleiben das Auftreten, das Verhalten und die Argumente der Kandidaten in der Öffentlichkeit – von Talkshows über TV-Duelle bis hin zu Wahlveranstaltungen. **Nahezu völlig unbedeutend ist mittlerweile Wahlwerbung** auf Plakaten und an Ständen in der Innenstadt.

Der Wissenschaftliche Leiter der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, Professor Dr. Ulrich Reinhardt, zieht ein gemischtes Fazit: „Über 50 Millionen Euro lassen sich die Parteien den Bundestagswahlkampf kosten. Egal wie das Geld eingesetzt wird, entscheidend bleibt letztendlich die glaubhafte Vermittlung der richtigen Inhalte. Gesucht werden ehrliche Botschaften statt leerer Versprechungen, austauschbarer Slogans und auswendig gelernter Ansprachen. Viele Bürger sind dabei durchaus offen für unbequeme Wahrheiten und sich ändernde Rahmenbedingungen. Sie sind bereit dazu, Reformen mitzutragen und einen eigenen Beitrag zu leisten – wenn die Perspektive stimmt.“

HERAUSGEBER

Stiftung für Zukunftsfragen
Alsterufer 4
20354 Hamburg
www.stiftungfuerzukunftsfragen.de

WISSENSCHAFTLICHER LEITER

Prof. Dr. Ulrich Reinhardt

REDAKTION

Ayaan Hussein
Telefon (040) 4151- 2264
Telefax (040) 4151- 2091
kontakt@stiftungfuerzukunftsfragen.de

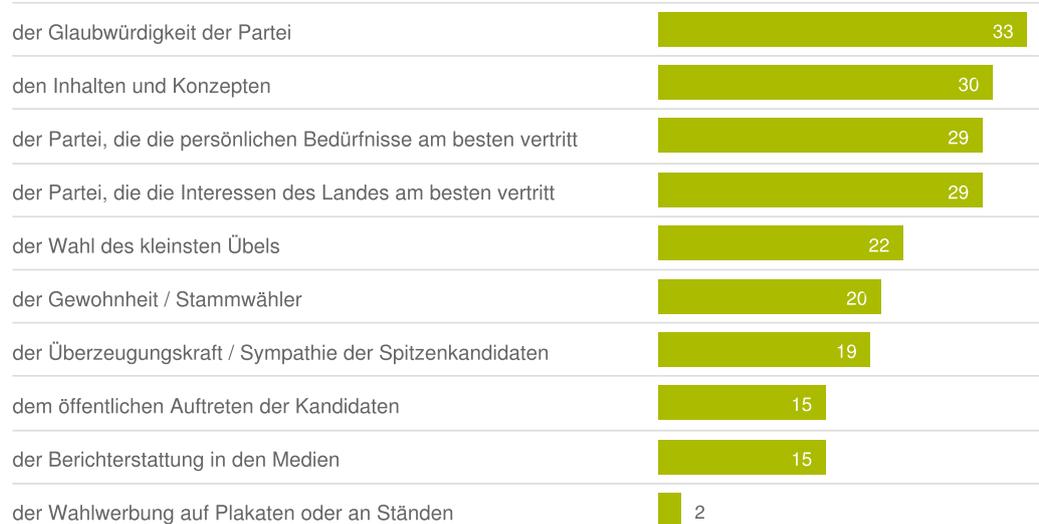
Forschung aktuell

Newsletter | Ausgabe 250 | 34. Jahrgang | 12. September 2013

Seite 2

Wovon die Wahlentscheidung abhängt Wahlwerbung spielt kaum eine Rolle

Von je 100 Befragten machen ihre persönliche Wahlentscheidung abhängig von:



www.stiftungfuerzukunftsfragen.de

WESHALB SO VIELE BUNDESBÜRGER NICHT WÄHLEN GEHEN JUNGWÄHLER ZEIGEN GERINGES INTERESSE AN POLITIK

Kernergebnisse:

- Große Skepsis gegenüber Wahlversprechen
- Vertrauen in Politiker ist gering
- Jungwähler zeigen wenig Interesse und sehen kaum Partizipationsmöglichkeiten

Vor 40 Jahren gaben über 91 Prozent der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl ihre Stimme ab (1972: 91,3%). Seither nimmt die Wahlbeteiligung immer weiter ab und lag 2009 bei nur noch 71 Prozent. Für die kommende Wahl wird sogar ein neuer Tiefststand befürchtet. Wo liegen die Gründe für die abnehmende Wahlbeteiligung?

Forschung aktuell

Newsletter | Ausgabe 250 | 34. Jahrgang | 12. September 2013

Seite 3

Aus Sicht der Bundesbürger wird **in erster Linie die Sorge genannt, durch Wahlversprechen belogen zu werden**. Vor allem die Altersgruppe der über 50-Jährigen nennt diese Angst. Aber auch die generelle Politikverdrossenheit und der fehlende Glaube, durch Wahlen unmittelbaren Einfluss nehmen zu können, werden von einer Mehrheit der Bevölkerung als Gründe angeführt. Mehr als jeder dritte Wahlberechtigte führt zudem an, **als Nichtwähler seinen Protest gegen die bestehenden Parteien ausdrücken zu wollen**. Von den jungen Wahlberechtigten werden zwei Argumente besonders häufig genannt: Der Glaube, durch Wahlen nichts ändern zu können, sowie das generelle Desinteresse an Politik.

Reinhardt: „Parteien haben zunehmend Nachwuchsprobleme, da bei vielen jungen Mitbürgern das Interesse an Politik gering und das Ansehen von Politikern schlecht ist. So ist es nicht verwunderlich, dass auch bei dieser Wahl die Wahlquote bei den jungen Wählern am geringsten sein wird. Um die jungen Menschen wieder mehr für Politik, Parteien und Programme zu begeistern, ist ein deutlich stärkerer und direkter Bezugsrahmen nötig, ebenso wie mehr Transparenz und jüngere Vertreter in Entscheidungspositionen. Vor allem aber wollen die Jungwähler von heute eine Politik, die sie und ihre Zukunftsbedürfnisse ernst nimmt und langfristig agiert, statt in Legislaturperioden zu denken.“

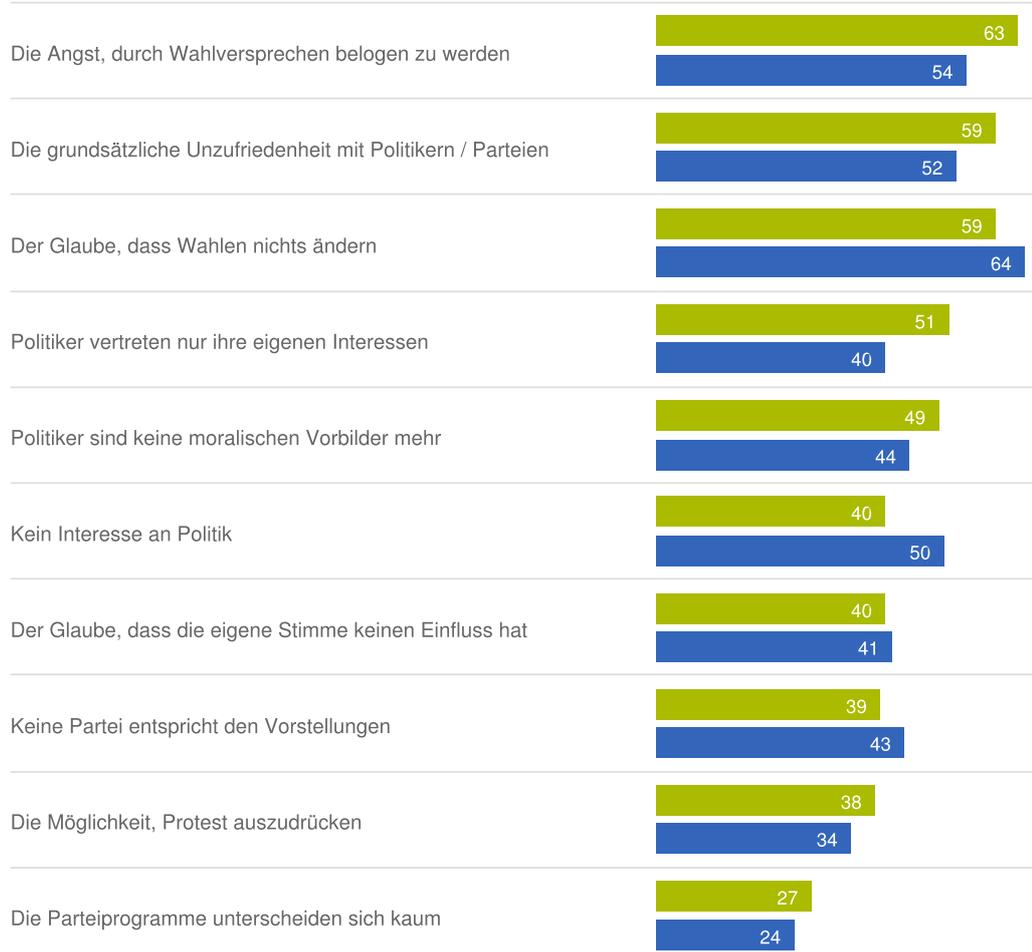
Forschung aktuell

Newsletter | Ausgabe 250 | 34. Jahrgang | 12. September 2013

Seite 4

Vertrauensverlust und Unzufriedenheit Jungwähler zeigen wenig Interesse

Von je 100 Befragten nennen als Grund für das Nichtwählen vieler Bundesbürger:



www.stiftungfuerzukunftsfragen.de

■ Gesamtbevölkerung ■ 18 bis 24 Jahre